

Erneute Gefährdung ausreichender Finanzen für die Verteidigung

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **77 (2002)**

Heft 6

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-715151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erneute Gefährdung ausreichender Finanzen für die Verteidigung

Fragwürdiges Hüst und Hott beim Militärbudget

Wankelmut sei das Wesen der Menschen, erklärte Nicolò Machiavelli vor einem halben Jahrtausend. Es sei leicht, sie von einer Sache zu überzeugen, schwer, sie bei dieser Überzeugung zu halten. Das bleibt natürlich oftmals wahr, und diese menschliche Schwäche lässt sich besonders ausgeprägt in der Politik beobachten. Hierzulande, und was die jüngste Vergangenheit angeht, gilt das insbesondere für die Finanzierung der Verteidigung.

Vor noch nicht 18 Monaten nahm der Souverän verbindlich zur Frage Stellung, ob die Verteidigungsausgaben verfassungs-



*Oberst i Gst
Dominique Brunner,
Publizist, Direktor bei
Farnet PR und
Consulting AG, Zürich.*

mässig zu begrenzen seien. Die sozialdemokratische Initiative für einen Abbau dieser Ausgaben um 50 Prozent wurde am 26. November 2000 von 62 Prozent der Stimmen verworfen. Doch haben sich Volk und Stände nicht nur bei dieser Gelegenheit klar zu verteidigungspolitischen Fragen geäussert, sondern seit 1987 ganze weitere sieben Mal, und zwar immer im Sinn verantwortbarer, seriöser Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der finanzielle Aspekt spielte mehrfach auch eine erhebliche Rolle, etwa bei der Verwerfung der Initiative gegen die Beschaffung der F/A-18 Kampfflugzeuge am 6. Juni 1993, was mit der Zustimmung zu Ausgaben von 3,5 Milliarden Franken gleichzusetzen war. Also, lautet die Folgerung, liegt ein klares Mandat des Souveräns vor, die Verteidigung angemessen zu finanzieren.

Zu berücksichtigen ist sodann die seit Beginn der Neunzigerjahre von der Verteidigung erbrachte Sparleistung. Sie ist höchst eindrücklich: bis 2001 wurden rund neun Milliarden Franken nicht ausgegeben, also gespart. Das entspricht rund zwei Jahresbudgets. Zwischen 1990 und 2003 werden die Ausgaben für den Verteidigungsbereich real um fast 40 Prozent, nominal um etwa 17 Prozent abgenommen

haben. Alle übrigen relevanten Aufgabebereiche des Bundes weisen für dieselbe Periode nominal zum Teil eklatante Wachstumsraten auf. Die soziale Wohlfahrt zum Beispiel um 100 Prozent, der Verkehr um über 50 Prozent, Bildung und Landwirtschaft verursachen auch höhere Ausgaben. Der Mohr «Verteidigung» hat, was Einsparungen anbetrifft, seine Pflicht wahrlich getan.

Nachdem von bundesrätlicher Seite seit den Beschlüssen des «runden Tisches» 1998 wiederholt beteuert worden war, die Verteidigung müsse bald wieder auf stabile Budgets zählen können, hat sich der Bundesrat Anfang Mai 2001 bekanntlich dazu durchgerungen, einen Plafond dieser Ausgaben von 4,3 Milliarden festzulegen. Der Chef VBS hat danach begründet, dass in den nächsten 15 Jahren durchschnittliche jährliche Investitionen von etwa 2 Milliarden Franken vonnöten seien, damit die neu zu gestaltende Armee ihren vielfältigen Aufgaben gewachsen sein könne. Und endlich ist die parlamentarische Diskussion und Beschlussfassung über die «Armee XXI» in vollem Gang, der Ständerat hat bereits wichtige Vorentscheidungen getroffen.

In eben dieser Lage stellt man Bestrebungen, die vom Finanzdepartement ausgehen, fest, die finanziellen Mittel des VBS schon wieder zu reduzieren. Gehorsam wie stets arbeitet der Generalstab Sparszena-

rien aus, zu denen auch ein Verzicht auf jedes Rüstungsprogramm im Jahre 2003 gehört. Und aus dem Volkswirtschaftsdepartement sickern haarsträubende Sparvarianten in Ringiers Sonntagspostille, so die Reduktion der jährlichen Rüstungsbudgets auf 200 Millionen mit der Option, auf das Eingesparte im Bedarfsfall dann doch zurückgreifen zu können ... Dass die Beschaffung komplexer militärischer Systeme von der Definition bis zur Einführung Jahre, fünf bis mehr dauert, ist diesen selbst ernannten Planern offensichtlich unbekannt.

Vor dem hier rekapitulierten Hintergrund erscheinen all diese Manöver als schlicht verantwortungslos. Bei keinem der Aufgabebereiche mit auffallendem finanziellem Wachstum, also eigentlich allen bedeutungsvolleren, kann man sich auf so viele kohärente Volksentscheide berufen wie bei der Verteidigung. Und was die sicherheitspolitisch-strategischen Rahmenbedingungen angeht, wäre es peinlich, wenn die Lehren der Gegenwart und des Jahrzehnts seit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion schon vergessen wären. Will der Bundesrat glaubwürdig sein, so muss er bei den vor Jahresfrist der Verteidigung zugestandenen 4,3 Milliarden bleiben. Andernfalls wird man ihm schuldhaftige Kurzsichtigkeit und letztlich fehlenden Respekt vor Volksentscheiden vorwerfen müssen. □

Differenzen zwischen Pro Libertate und dem Verlag Huber & Co. AG, Frauenfeld, ausgeräumt

Der Präsident der Pro Libertate, Werner Gartenmann, Vorstandsmitglied Annemarie Gür-Bosshard und der Leiter des Buchverlages Huber in Frauenfeld, Hansrudolf Frey, haben sich zu einer Aussprache getroffen und die Differenzen über die Anzeigen-Praxis des Taschenbuches «Schweizer Armee» ausgeräumt. Beide Seiten haben im Rahmen dieses Gespräches ihre Standpunkte dargelegt.

Die Huber & Co. AG hat insbesondere darauf hingewiesen, dass das Armeetaschenbuch mit seiner einmal jährlichen Erscheinungsweise und seinem rein fachlichen Inhalt in keiner Weise geeignet ist, die aktuelle zeitgeschichtliche Diskussion aufzunehmen. Als Informations- und Unterrichtsmittel ist das Taschenbuch darüber hinaus grundsätzlich frei von politischen Stellungnahmen jeder Couleur zu halten. Die Pro Libertate hat nach diesem Gespräch von ihren Äusserungen gegenüber dem Verlag Abstand genommen und ihre Boykott-Aufrufe gegen die Huber & Co. AG und deren Presseerzeugnisse sofort eingestellt. Die Angelegenheit ist damit abgeschlossen.